



Faire Mobilität und Abbau von Lohndumping

Gewerkschaften unterstützen die geplante Europäische Arbeitsbehörde

Am 07.06.2018 fand in der nordrhein-westfälischen Landesvertretung ein Austausch zwischen dem Deutschen, dem Nieder- und dem Oberösterreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) zum Vorschlag der Europäischen Kommission zur Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) statt. Zu den Experten auf dem Podium zählten MdEP Agnes Jongerius (S&D), Markus Wieser (Präsident des ÖGB Niederösterreich), Piet van Nuffel (Kabinettsmitglied von Marianne Thyssen, Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität) und Maxime Cerutti (Europäischer Arbeitsgeberverband BUSINESSEUROPE). Die Diskussion befasste sich kritisch mit dem am 13.05.2018 von der Kommission vorgelegten Vorschlag über die Errichtung der ELA (COM(2018) 131 final).

Ein Ziel ist es, der ELA eine unterstützende Funktion für nationale Behörden zu geben und die Zusammenarbeit untereinander und grenzüberschreitend zu erleichtern. Weiterhin soll durch die neue Behörde eine angemessene Grundlage für alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber geschaffen werden, um grenzüberschreitende Herausforderungen wie Sozialdumping zu bekämpfen. Mittlerweile arbeiten 17 Mio. EU-Bürger in einem anderen Mitgliedstaat als ihrem Herkunftsland.

Markus Wiesner kritisierte eingangs das Programm der kommenden Ratspräsidentschaft Österreichs. Piet van Nuffel führte aus, dass durch die Einführung der ELA das lang geforderte Durchgriffsrecht auf den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt ermöglicht werden soll. Eine solche Art der Handlungsfähigkeit sei von der Gewerkschaftsseite lange gefordert worden. Die Behörde stelle schließlich eine große Chance für alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber im grenzüberschreitenden Bereich dar. Auf die Frage, ob der Kommissionsvorschlag nicht detaillierter hätte sein können, betonte der Kommissionsvertreter, dass ELA vor allem darauf angelegt sei, in Bereichen aktiv zu werden, in denen Betroffene selbst nicht gut genug informiert seien. Heutzutage würden vor allem Experten benötigt, die die nationalen

Gesetze und EU-Bestimmungen sowie deren Umsetzung kennen würden.

MdEP Agnes Jongerius begrüßte den Vorschlag der Kommission. Sie unterstrich, dass aus ihrer Sicht dieser nur die Grundlage für weitere Gespräche und Verhandlungen sei. Sie kritisierte vor allem die fehlende Kompetenz der Behörde, Sanktionen aufzuerlegen im Falle der verweigten Kooperation eines Mitgliedstaates. Die Behörde solle in der Lage sein, vollständig eigenständig zu handeln und auch Konsequenzen aus dem Verhalten der Mitgliedstaaten ziehen dürfen. Sie betonte den Wunsch nach einer Einigung vor den Wahlen zum Europäischen Parlament. Es müsse so schnell wie möglich eine Lösung zur Bekämpfung des Sozialdumping gefunden werden. Jongerius wies schließlich auf die Unterschiede zwischen der nationalen und europäischen Sichtweise hin.

Maxime Cerutti wies auf die bereits bestehenden, bewährten Strukturen in diesem Politikbereich hin, die weniger Kosten verursachen. Vor allem aber müssten die einzelnen Regelungen in dem Vorschlag korrekt interpretiert werden können, um weiter darüber zu sprechen.

Markus Wiesner betonte aus Gewerkschaftssicht die dringend benötigte Unterstützung für die Arbeitnehmer durch eine solche Behörde. Sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber seien auf Unterstützung von außen angewiesen. Er sprach von einem „Wunsch nach Fairness“ auf dem Arbeitsmarkt. Dies könne nur durch eine EU-weite Behörde erreicht werden. Die ELA müsse in allen relevanten Bereichen handlungsfähig sein und auch ein Eingriffsrecht besitzen, wenn sich Mitgliedstaaten verweigern.

Der Kommissionsvertreter betonte, dass es jetzt an den Mitgliedstaaten sei, zu entscheiden. Die nationalen Behörden sollten die Prioritäten richtig setzen, da vor allem den Mitgliedstaaten auf dem Arbeitsmarkt eine Art „Brückenfunktion“ zukomme.

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Es bleibt folglich abzuwarten, wie die Verhandlungen über die ELA in den nächsten Monaten voranschreiten. Eine Einigung vor der Europawahl im Jahr 2019 befürworteten alle Beteiligten.

Weiterführende Informationen:

http://www.dgb.de/themen/++co++1c69e594-67f4-11e8-83b2-52540088cadahttp://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4043_de.htm